



Bundesregierung legt Klimapaket vor Brinkhaus will nationalen Konsens zum Klimaschutz

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, strebt einen nationalen Konsens über das Klimapaket der Koalition an. Zum Auftakt der Sitzungswoche sagte Brinkhaus am Dienstag im Bundestag, eine so große Aufgabe wie die Begrenzung der Erderwärmung „darf das Land nicht spalten“. Fraktionsvize Andreas Jung nannte „das Paket, das auf dem Tisch liegt, eine gute Grundlage für einen nationalen Konsens“.

Auf das Maßnahmenpaket hatte sich das sogenannte Klimakabinett nach langem, zähem Ringen geeinigt. Kern des Konzepts ist die Einführung eines Handels mit Verschmutzungsrechten. Es soll Anreize zur Einsparung von Treibhausgasen und zur Erforschung innovativer, technologischer Lösungen bieten. Flankiert wird der Emissionshandel mit einer Reihe von Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Bürger oder Wirtschaft überlastet werden.



Ralf Brinkhaus diskutiert beim Klimaschutzkongress der Fraktion. Foto CDU/CSU Bundestagsfraktion, Michael Wittig

„Wir werden versuchen, eine breite Mehrheit für das Paket zu organisieren“, sagte Brinkhaus. Man werde mit der Opposition im Bundestag, mit den Bundesländern und mit der Zivilgesellschaft reden. „Wir machen das Angebot, dass wir in Gespräche hineingehen.“ Dabei nehme man auch die Wirtschaft in den Fokus, für die sich eine Menge verändern werde. Was die finanzielle Grundlage für das Paket angehe, so werde Seite 2

Josef Rief - 10 Jahre im Bundestag

In dieser Sitzungswoche feierte Josef Rief gemeinsam mit Kollegen aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, die ebenfalls 2009 erstmalig in den Bundestag gewählt wurden, ihre 10 jährige Zugehörigkeit zum Parlament. Es sei eine große Ehre, die Wählerinnen und Wähler so lange im Parlament vertreten zu dürfen, sagten einhellig die allesamt direkt gewählten Abgeordneten. Die durchschnittliche Parlamentszugehörigkeit betrage derzeit ca. zwei Legislaturperioden, also acht Jahre.

Die Parlamentarier blicken dabei auf eine erfolgreiche Regierungszeit zurück, in der der Bundestag in 193 Sitzungswochen und 613 Sitzungen 1238 Gesetze verabschiedete. Das Volumen des Bundeshaushalts stieg in der Zeit von 282,6 Milliarden Euro auf 356,9 Milliarden Euro in 2019. Die Neuverschuldung sank von 18,9 Milliarden Euro in 2009 auf Null in 2014. Seitdem kommt der Bundeshaushalt ohne neue Schulden aus.



Auf dem Foto v.l.n.r.: Alois Gerig, Roderich Kiesewetter, Steffen Bilger, Josef Rief, Karin Maag, Dr. Stefan Kaufmann, Armin Schuster und Lothar Riebsamen ■

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter:
www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

man „nicht kleckern, sondern klotzen“. Das Volumen der Maßnahmen beläuft sich auf mehr als 50 Milliarden Euro.

Andreas Jung betonte, dass das Konzept die Handschrift der Union trage. Die Notwendigkeit, die entstandene Lücke zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen zu schließen, ist für Jung dabei klar: „Wir müssen unsere Klimapolitik aufforsten. Wir müssen unser Land von Grund auf energetisch sanieren und den CO₂-Ausstoß drastisch reduzieren. Das ist unser

Maßstab, und das ist unsere Linie“. Dabei gelte es, Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander zu verbinden: „Wir brauchen nicht nur Veränderungen, sondern wir werden diese Veränderungen gestalten. Wir werden die Menschen mitnehmen auf diesem Weg im Sinne umfassender Nachhaltigkeit. Konsequenter Klimaschutz von vornherein verbunden mit sozialer Akzeptanz und wirtschaftlicher Entwicklung: Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt - das ist unsere Linie“, so Jung in seiner Rede am Donnerstag im Plenum. ■

Unser Wald braucht schnelle Hilfe

In diesem und im letzten Jahr haben Stürme, Dürre, Schädlinge und Waldbrände schwere Schäden ange richtet – ca. 180.000 Hektar Wald sind massiv betroffen. Wichtige Waldfunktionen, wie der Erhalt der Bio-diversität, sind gefährdet. Insbesondere die Klima-schutzleistung des Waldes ist bedroht, schließlich bin-den die Wälder 127 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr. Über 100 Mio. Festmeter Schadholz sorgen für einen drasti-schen Preisverfall auf dem Holzmarkt – deshalb stehen viele Forstbetriebe vor dem Aus. In der Wald-Debatte im Bundestag erklärte Alois Gerig, forstpolitischer Spre-cher der Union: „Der Schutz unserer Wälder ver-langt jetzt große Anstrengungen. Die Koalition lässt den Wald und die Menschen, die mit und vom Wald leben, in der Not nicht allein.“ Der Bundestagsabgeord-nete für den Wahlkreis Odenwald-Tauber begrüßte den

Vorschlag von Bundesforstministerin Julia Klöckner, Bundesmittel in Höhe von 547 Mio. Euro bereitzustel-len. So könne gemeinsam mit den Ländern ein Hilfspa-cket mit 800 Mio. Euro geschnürt werden. „Vordring-lich ist Schadensbeseitigung, Wiederaufforstung und Waldumbau“, betonte Alois Gerig. Ziel müsse sein, mit standortangepassten Baumarten stabile Mischwälder zu schaffen, die dem Klimawandel besser standhalten. Um zügig voranzukommen, müssten Wildbestände ange-passst, mehr Personal im Forst eingesetzt und besonders Kleinwaldbesitzerinnen und -besitzer unbürokratisch unterstützt werden. Nachdrücklich warb der Abgeord-nete für mehr Holznutzung, beispielsweise im Woh-nungsbau: „Holz ist unser klimafreundlichster Roh-stoff, da er CO₂ langfristig bindet.“ Alois Gerig. ■

Sicherheit der Patientendaten hat Vorrang

Mit dem digitalen Versorgungsgesetz (DVG) geht die Koalition einen weiteren Schritt bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen: Ob Diagnose, Behandlung oder die Kommunikation zwischen Ärzten, Patienten und

Apotheken - durch digitale Anwendungen wird vieles einfacher, schneller und präziser. Die CDU/CSU-Bun-destagsfraktion möchte die Chancen der Digitalisierung für alle Beteiligten nutzbar machen. Dabei hat die Si-cherheit der Patientendaten Vorrang. ■

Angehörige bei Pflegekosten entlasten - Großer Fortschritt für Eltern und Kinder von Pflegebedürftigen

Der Bundestag hat in dieser Woche über das Angehöri-gen-Entlastungsgesetz debattiert.

Das Gesetz bringt einen großen Fortschritt für die El-tern und Kinder von pflegebedürftigen Angehörigen. Denn künftig müssen sie erst ab einem Jahresbruttoein-kommen von 100.000 Euro einen finanziellen Beitrag zu den Pflegekosten ihrer nahen Verwandten leisten. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn ein Ange-höriger pflegebedürftig ist, stellt das ohnehin schon eine starke Belastung für die Familie dar.

Aus Gründen der Gleichbehandlung wird die neue Ein-

kommensgrenze auf die gesamte Sozialhilfe ausgewei-tet. Das heißt, dass alle Angehörigen von Sozialhilfe-empfangern erst ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von 100.000 Euro finanziell herangezogen werden. Eine Ausnahme soll nur für Eltern von Minderjährigen gelten, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

Das Gesetz sichert jetzt auch die ergänzende unabhän-gige Teilhabeberatung (EUTB) für Menschen mit Be-hinderungen langfristig und flächendeckend. Außerdem wird mit dem neuen Budget die Ausbildung von Men-schen mit Behinderungen, die eine Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt machen, noch besser als bisher gefördert. ■

Das Klima schützen – Die Schöpfung bewahren

Die Bewahrung der Schöpfung, die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen, ist ein vorrangiges Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Unionsfraktion verfolgt daher eine ambitionierte Klimaschutzpolitik. Die Klimaziele, zu denen sich Deutschland im Rahmen internationaler Vereinbarungen verpflichtet hat, gelten für sie ohne Abstriche. Dabei setzt die Unionsfraktion auf Anreize statt Verbote. Wirtschaftlichkeit und Offenheit für neue Technologien sind genauso wichtig wie soziale Fairness. Bei allen notwendigen Anpassungen legt sie Wert darauf, die Bürger mitzunehmen. **Stand: 20. September 2019**

Das ist der aktuelle Stand:

- Der Treibhausgasausstoß in Deutschland sinkt. Von 1990 bis 2020 wird ein Rückgang von mehr als 30 Prozent erwartet – und das trotz Wirtschaftswachstums, steigender Bevölkerungszahlen und des Ausstiegs aus der Kernkraft.
- Der Energieverbrauch ist 2018 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre gefallen.
- Seit 2005 wurden in großem Maßstab Windräder und Solaranlagen gebaut. Der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch lag 2018 bei 17 Prozent, im Stromsektor sogar bei rund 38 Prozent.
- Deutschland ist im Bereich der Kreislaufwirtschaft führend. So wird Energie gespart, was wiederum die CO₂-Emissionen mindert.
- Deutschland ist wichtiges Geberland für die internationale Klimafinanzierung. Allein 2017 hat die Bundesregierung 3,65 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln für Klimaschutz zugesagt. Rechnet man Kredite und andere Fördermittel mit dazu, beträgt das Finanzvolumen jetzt schon 6,7 Milliarden Euro.
- Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2018 enthält zahlreiche Maßnahmen zur Klimafinanzierung in Entwicklungs- und Schwellenländern, etwa zur Wiederaufforstung des Regenwaldes in Südamerika oder zum Erhalt der Artenvielfalt.

Das ist bisher passiert:

- 1997 brachte Angela Merkel als Bundesumweltministerin die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls mit auf den Weg – die erste globale Vereinbarung, die rechtsverbindliche Verpflichtungen für die Industrieländer zur Reduzierung von Treibhausgasen enthielt.
- Auch das Klimaübereinkommen von Paris 2015 hat Bundeskanzlerin Angela Merkel maßgeblich vorangetrieben. Es sieht eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius vor.
- Deutschland war eines der ersten Länder, das 2016 mit dem Klimaschutzplan 2050 eine langfristige Strategie für eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis Mitte des Jahrhunderts beschlossen hat. Klimaneutralität bedeutet, dass die wenigen Treibhausgase, die dann noch ausgestoßen werden, durch technische Maßnahmen sowie Aufforstungen kompensiert werden müssen. Bis 2030 sollen die Treibhausgase um 55 Prozent sinken.
- Für den Kauf von Autos mit elektrischen Antrieben und Hybrid-Fahrzeugen gibt es bereits Kaufanreize.
- 2019 hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung empfohlen. Das letzte Kohlekraftwerk soll 2038 vom Netz gehen.

Der Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Bundesländern soll mit Milliardenhilfen abgefedert werden. Deutschland ist im Übrigen das einzige Industrieland weltweit, das gleichzeitig aus der Kernkraft und der Kohleverstromung aussteigt. Das letzte Kernkraftwerk geht 2022 vom Netz.

Das sind die nächsten Schritte:

Im Klimakabinett hat die Union wesentliche Ziele durchsetzen können. Das Gesamtpaket, das die Erreichung des Klimaziels 2030 sicherstellen soll, trägt in weiten Teilen ihre Handschrift. Die Fördermaßnahmen und Entlastungen für die Bürger umfassen ein Volumen von mehr als 50 Milliarden Euro bis 2023. Zu ihrer Finanzierung sind keine neuen Schulden vorgesehen. Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Ab 2021 wird ein nationaler Handel mit Verschmutzungsrechten für CO₂ eingeführt, welcher bei Benzin und Diesel, Heizöl und Gas ansetzt. Der Einstiegspreis soll bei 10 Euro pro Tonne CO₂ liegen und bis 2025 auf 35 Euro steigen. Der nationale Emissionshandel wird später in den europäischen überführt.
- Der Strompreis wird gesenkt, indem die EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien stufenweise verringert wird.
- Die Pendlerpauschale steigt 2021 ab dem 21. Kilometer von 30 auf 35 Cent pro Kilometer.
- Der Austausch einer alten Ölheizung gegen ein neues klimafreundliches Modell wird mit 40 Prozent der Kaufsumme gefördert.
- Wohngeldbezieher werden bei steigenden Heizkosten mit einer Erhöhung der Zuwendung um 10 Prozent unterstützt.
- Die energetische Sanierung von selbstgenutztem Eigentum wird ab 2020 steuerlich gefördert. Dazu zählen auch Einzelmaßnahmen wie der Einbau neuer Fenster oder die Dämmung eines Daches.
- Die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr wird von 19 auf 7 Prozent verringert.
- Bei Flugtickets sollen Dumpingpreise unterbunden werden.
- Die Kfz-Steuer orientiert sich künftig stärker am CO₂-Ausstoß.
- Die Kaufprämie für Elektroautos wird ab 2021 für Wagen unter einem Preis von 40.000 Euro angehoben.
- Die Ladeinfrastruktur soll mit Hilfe öffentlicher Förderung ausgebaut werden: Bis 2030 sollen eine Million Ladepunkte entstehen.
- Damit der öffentliche Personennahverkehr attraktiver wird, schießt der Bund ab 2021 jährlich eine Milliarde Euro zu.

Die Fortschritte bei der Erreichung der Klimaziele 2030 will die Bundesregierung jährlich genau ermitteln.